



Autor: Beni Gafner  
Basler Zeitung  
4002 Basel  
tel. 061 639 11 11  
www.bazonline.ch

Auflage 52'821 Ex.  
Reichweite 117'000 Leser  
Erscheint 6 x woe  
Fläche 70'408 mm<sup>2</sup>  
Wert 9'800 CHF

## «Die Menschen ermuntern, ihr Einkommen zu stärken»

Der ehemalige Direktor von BAK Basel Economics, **Christoph Koellreuter**, kämpft gegen die Umverteilung zulasten des Mittelstandes

Von Beni Gafner, Bern

**BaZ:** Herr Koellreuter, Sie haben in Luzern kürzlich das erste **Politikentwicklungsprojekt** der **Fondation CH2048** vorgestellt. Im Fokus steht dabei der untere Mittelstand, der unter der staatlichen Umverteilung leidet. Wie sind Sie auf dieses Thema gekommen?

**Christoph Koellreuter:** Das hat mit Wahrnehmungen meinerseits und vieler anderer zu tun. Im Frühjahr 2013 erreichte die Abzocker-Initiative eine massive Mehrheit; zur Diskussion stand auch die 1:12-Initiative. Ein Ja zu diesem Volksbegehren hätte für den Wirtschaftsstandort Basel mit Novartis und Roche katastrophale Auswirkungen gehabt. Bei einem Ja wären wir unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Arbeitsmarkt für Topmanager schlicht beraubt worden. Umgekehrt hat eine demokratische Gesellschaft Mühe mit Ungleichheit. Vor diesem Hintergrund haben wir seitens der **Fondation CH2048** im Juni 2014 eine Arbeitsgemeinschaft mit der Durchführung des Projektes mit dem Titel «Steuern. Transfers – Konkrete Reformvorschläge für eine global **wettbewerbsfähige und verantwortliche Schweiz**» beauftragt. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht aus Polynomics, Olten, der Universität Luzern, der Kommunikationsagentur Advocacy, Basel, sowie einem hochkarätigen, achtköpfigen wissenschaftlichen Begleitgremium.



«Verantwortliches Handeln soll durch steuerliche Anreize unterstützt werden.»

Sie stellten dabei fest, dass es ein Problem gibt, vor allem bei den unteren bis mittleren Einkommen...

...was mich anfänglich erstaunt hat. Sehr rasch wurde mir klar, dass wir ein Mittelstandsproblem haben, weil die Art der staatlichen Umverteilung von vielen als nicht gerecht erlebt wird. Wenn man nicht arm ist und dem unteren bis mittleren Mittelstand angehört, muss man sehr viel arbeiten und man zahlt vergleichsweise hohe Steuern. Gleichzeitig profitiert man in diesem Lohnbereich nur wenig bis gar nicht von staatlichen Subventionen, etwa bei der Wohnungsmiete, den Krankenkassen oder auch den Aufwendungen für Kindertagesstätten.

Welches sind die politischen Auswirkungen dieses Zustands?

Der Missmut kann sich politisch in zwei Richtungen äussern – man stimmt zunehmend sehr links oder dann sehr rechts. Wir können zurzeit beides feststellen. Ein Faktor ist dabei auch, dass wir sowohl in der Unterschicht als auch in der Oberschicht deutlich höhere Ausländeranteile haben als in der Mittelschicht. Die Ausländerthematik vermischt sich somit bei vielen Stimmbürgern der Mittelschicht mit dem Ärger über die als ungerecht empfundene staatliche Umverteilung. Das Resultat haben wir zuletzt beim Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative erlebt. Meines Erachtens besteht vor diesem Hintergrund weiterhin Potenzial für die Annahme standortschädlicher Initiativen, sofern man nicht Gegensteuer gibt.

Fördern Sie mit der Veröffentlichung ihres Befundes über den benachteiligten Mittelstand nicht selbst Neid und Missgunst zusätzlich?

Nein. Wir meinen, wir müssen das

bestehende Problem produktiv aufnehmen. In Luzern haben wir Reformvorschläge im Sinne einer Auslegeordnung diskutiert. Die Fondation hat einen längeren Prozess gestartet und zu möglichen Lösungen inhaltlich noch gar nicht Stellung bezogen. Wir wollen zuerst einmal aufzeigen, dass Vorschläge bestehen, die einer Win-win-Situation entsprechen. Man kann Steuern und Transferzahlungen so kalibrieren, dass Anreize bestehen, überhaupt oder mehr zu arbeiten sowie sich besser zu qualifizieren. Am Schluss geht es immer darum, die Menschen dazu zu ermuntern, mehr Selbstverantwortung wahrzunehmen und durch Mehrarbeit oder besser qualifizierte Arbeit das eigene Primäreinkommen zu stärken.

Was ist mit jenen im untersten Einkommensbereich und jenen ganz oben?

Klar ist, dass nicht alle Menschen in der Lage sind, das für den Lebensunterhalt nötige Einkommen auf der Basis von Arbeitsleistung zu erzielen. Hier sind Transferzahlungen angebracht. Aber auch in diesen Fällen müssen die Unterstützungen so ausgestaltet werden, dass sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit – möge sie noch so geringfügig sein – für die Betroffenen lohnt. Andererseits sollen jene, die von der gesteigerten globalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz am meisten profitieren dürften – die obersten Einkommens- und Vermögensprozentile –, zu mehr Solidarität mit den Schwächeren auf allen Ebenen angehalten werden. Die in diesem Zusammenhang erstrebenswerten steuerlichen Lösungen sollten möglichst so kalibriert werden, dass das erwünschte verantwortliche Handeln mit steuerlichen Anreizen unterstützt wird und das Abwanderungsrisiko möglichst gering ausfällt.

Stimmen die Zahlen eigentlich, die Sie mit der Studie der Ökonomin Monika Engler präsentiert haben? Die Zahlen wurden in SP-Kreisen ja angezweifelt.

Monika Engler versucht, die Wirkung



Autor: Beni Gafner  
 Basler Zeitung  
 4002 Basel  
 tel. 061 639 11 11  
 www.bazonline.ch

Auflage 52'821 Ex.  
 Reichweite 117'000 Leser  
 Erscheint 6 x woe  
 Fläche 70'408 mm<sup>2</sup>  
 Wert 9'800 CHF

von allen Steuern und Transfers abzubilden, inklusive Realleistungen des Staates. Die Umverteilung zwischen der Generation von Arbeitstätigen zu Rentnern soll aber nicht berücksichtigt werden. Dies ist eine ausserordentlich schwierige Aufgabe, die nur mit bestimmten Annahmen möglich ist, unter anderem einer Beschränkung der Auswertung auf Haushalte im erwerbsfähigen Alter. Ausserdem benötigt die Auswertung die detaillierten Daten der Haushalts-erhebung des Bundes. Solche kleinen Stichproben sind jedoch für die obersten Einkommen nur bedingt aussagekräftig. Die Studie von Frau Engler ist in diesem Sinne sehr gut gemacht – aber eben nur so gut wie möglich. Die Hauptaussage, dass die Einkommen von der unteren bis zur oberen Mittelschicht nach Umverteilung stark angenähert sind, halte ich für sehr belastbar. In diesem Bereich stellt sich demnach wirklich die Frage, ob sich zusätzliche Leistung lohnt. Einzig die in der Studie gefundene Feststellung, dass das unterste Einkommenszehntel, also das unterste Dezil, nach Umverteilung sogar über mehr

«Die Verteilungsfrage muss zentraler Gegenstand sein von Forschung und Lehre.»

Einkommen verfügt als die angrenzenden Dezile, ist wahrscheinlich der Methodik geschuldet. Hier fliessen zum Beispiel die Transfers von Arbeitstätigen an Arbeitslose, IV-Empfänger und Frühpensionierte ein, was ich nicht als Umverteilung klassieren würde.

Ist das politische Problembewusstsein, was die Lage des Mittelstandes angeht, zu wenig vorhanden? Sind Sie deshalb an zusätzlichen, wissenschaft-

lichen Grundlagen interessiert?

Das Verteilungsproblem wurde in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt, insbesondere auch in der akademischen Forschung. Das hat sich in den letzten Jahren zwar verbessert, aber es handelt sich immer noch um Einzelkämpfer, die sich mit der Thematik auseinandersetzen. Die Frage nach der Verteilung muss immer zentraler Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Lehre sein. Ich begrüsse es deshalb sehr, dass sich BAK Basel Economics entschieden hat, zusammen mit dem Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel verstärkt in die Verteilungsforschung einzusteigen.

#### EINKOMMEN\* PRO DEZIL VOR/NACH STAATLICHER UMVERTEILUNG

	vor Umverteilung	nach Umverteilung	Differenz
1	12 100	66 800	+54 700
2	35 700	53 700	+18 000
3	49 000	53 600	+4 600
4	58 000	51 600	-7 200
5	67 500	54 000	-13 500
6	77 500	56 000	-21 500
7	87 600	60 500	-27 100
8	100 500	64 900	-35 600
9	119 800	70 000	-49 800
10	189 800	105 300	-84 500

\* im erwerbsfähigen Alter / in Franken

Studie: Monika Engler, Swiss Journal of Economics and Statistics, 2011/Vol. 147



Neuer Schwung dank steuerlichen Anreizen. Der Mittelstand sei zu entlasten, fordert die [Fondation CH2018](#). 2015/02/08